

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 11

Buchbesprechung: Hinweis auf ein Buch : Widerspruch 29 : EU, Schweiz und Europapolitik
Autor: Spieler, Willy

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sie sich dagegen auflehnen. Aber sie werden schlussendlich doch nachgeben, wie das auch beim Frauenstimmrecht der Fall war. Die Schweiz war eines der letzten Länder, die das *Frauenstimmrecht* annahmen. Die politischen Kämpfe, die darum

tobten, haben wir heute schon vergessen, so selbstverständlich ist die Sache geworden. In 20 oder 30 Jahren wird man genauso über die Zugehörigkeit der Schweiz zur EU denken. Aber von hier nach dort braucht es den Mut weiterzukämpfen.

Hinweis auf ein Buch

WIDERSPRUCH 29: *EU, Schweiz und Europapolitik*, Zürich 1995, 196 Seiten, Fr. 18.–.

Als wertvolle Ergänzung zum vorliegenden Europaheft der Neuen Wege liest sich diese Schwerpunktnummer des WIDERSPRUCHs über den europäischen Integrationsprozess. Die EU-kritischen Beiträge überwiegen, wie das von einer linken Theoriezeitschrift nicht anders zu erwarten ist. Aber wo läge die Alternative für die Begründung des Abseitsstehens? Eine solche entwickelt noch am ehesten der Politologe *Paul Ruppen*. Er widerspricht der These, dass sich die Globalisierung der Wirtschaft nur durch überstaatliche Strukturen bändigen lasse. Statt dessen spricht er sich für ein «internationales Regelwerk» aus, das ökologische und soziale Vorreiterrollen von Einzelstaaten nicht wegreguliert. Mit einer «grosszügigen Friedens- und Entwicklungspolitik» könne die Schweiz erst noch dem «Vorwurf der EU» entgehen, in Europa «free-riding zu betreiben».

Dass ein Europa, das nur gerade die neoliberale Deregulierung auf Kosten der Umwelt- und Sozialpolitik seiner Mitgliedstaaten betreibt, nicht attraktiv sein kann, zeigt das linke Bestreben, die Utopie einer EU, wie sie sein sollte, zu skizzieren, um von daher den Beitritt der Schweiz zur real existierenden, aber sozial, ökologisch und demokratisch für entwicklungsfähig gehaltenen EU zu rechtfertigen. Vor allem die beiden Philosophen *Etienne Balibar* (Paris) und *Heinz Kleger* (Potsdam) plädieren für ein europäisches Staatsbürgertum zur Fortbildung des trotz allem «notwendigen Projekts».

Ob die Rechnung mit dieser «EU invisibilis» aufgeht? Heute dominieren jedenfalls die Kräfte, die Europa nicht vom Gemeinwohl her regulieren, sondern auf «Standortvorteile» im globalen Wettbewerb mit den USA und Asien reduzieren wollen. *Hans-Jürgen Bieling* meint zu Recht, im Spannungsfeld von «Marktherrschaft» und «technokratischem Regime» untergrabe die EU «ihre eigenen Grundlagen: den sozialpoli-

tisch und demokratisch gebändigten Kapitalismus». *Anja Bultemeier* und *Frank Deppe*, beide wie Bieling am Marburger Institut für Politikwissenschaft tätig, kritisieren nicht weniger eine ökonomisch eindimensionale Integration, in der «die sozialpolitischen Handlungsspielräume der Nationalstaaten eingeschränkt werden, während keine supranationale Regulierungsinstanz die traditionellen Sozialstaatsaufgaben übernimmt». In der «doppelten Blockade» sowohl der europäischen Integration als auch der progressiven nationalstaatlichen Reformen sieht der Zürcher Soziologe *Patrick Ziltener* ein «Worst case»-Szenario, das er als «nicht das unwahrscheinlichste» bezeichnet.

Mit der ökonomistischen Schlagseite der heutigen EU einher gehen einerseits die Diskriminierung der Frauen, die *Susanne Schunter-Kleemann* am Beispiel der «keineswegs durchgehend frauenfreundlichen Rechtsprechung» des Europäischen Gerichtshofs analysiert, und andererseits die «Verpolizeilichung» der Asyl- und Migrationspolitik, wie *Claire Caloz-Tschopp* und *Laurent Monnier* von der Genfer Gruppe «Violence et droit d'asile» zeigen.

Auf der gewerkschaftlich-pragmatischen Ebene argumentieren *Serge Gaillard*, der den Wechselkurs als wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismus in Erinnerung ruft, und *Hans Baumann*, der den freien Personenverkehr mit flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping abfedern will. *Rudolf H. Strahm* vertritt anstelle der freizügigen Binnenmarktwanderung eine moderate Kontingentierung und entgegen dem Schengener Abkommen eine «humanitäre Migrationsethik» für «Repressionsflüchtlinge».

Mit diesem keineswegs vollständigen Hinweis auf die lesenswerte WIDERSPRUCH-Nummer verbinde ich den Wunsch nach einem linken Diskurs, der die Kritik an der EU aushält und nicht durch das «Prinzip Hoffnung» überspielt.

Willy Spieler